A11 Geschlechtergerechtigkeit

Gremium: Regionsverband Hannover
Beschlussdatum: 14.04.2021

Text

Gleichberechtigte Teilhabe

Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen Rechnung tragen und damit der Vielfalt des Lebens. Wir betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen würde für mehr Selbstbestimmtheit, wirtschaftliche Dynamik und mehr Stabilität sorgen. Wir setzen uns weiter für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein.

Mit der Frauenquote und der Mindestparität sind wir einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Gesetzliche Quoten für Aufsichtsräte und Vorständen werden zu mehr Qualität und Vielfalt führen. Weibliche Vorbilder werden sich positiv auswirken und mehr Frauen zu verantwortungsvollen Aufgaben und Positionen motivieren. Damit schaffen wir eine bessere Basis für eine geschlechtergerechte Gesellschaft.

Die Istanbul-Konvention ist das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Neben den unterstützenden Hilfsangeboten für von Gewalt Betroffene liegt in Art. 16 des Übereinkommens auch ein Fokus auf Prävention. So gibt es für die Region Hannover Täter-Programme, die die Gewaltausübenden in Zukunft befähigen sollen, Konflikte gewaltfrei zu lösen. Dies leistet einen elementaren Beitrag zur Gewaltprävention, der von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern zugute kommt sowie die Konfliktfähigkeit der Täter verbessert. Sie stellt somit einen Baustein zum Opferschutz dar.

Dafür setzen wir GRÜNE uns ein:

- den Ausbau und die Information über bedarfsorientierter Angebote für Alleinerziehende in Alltag und Beruf stärken.
- den Anteil von Frauen in leitenden Funktionen der Regionsverwaltung und in Beteiligungsgesellschaften (auch in Aufsichtsräten) der Region Hannover erhöhen mit dem Ziel, mindestens die 50-Prozent-Quotierung zu erreichen.
- Programme zur Förderung der Geschlechterdiversität in sozialen Berufen stärken.
- kostenfreie Menstruationshygiene-Artikel in öffentlichen Gebäuden, insbesondere in Berufsbildenden Schulen auslegen.
- das Konzept der aufsuchenden proaktiven Gefährderansprache bei häuslicher Gewalt und Stalking etablieren.
- eine Struktur zur vorübergehenden Unterbringung für obdachlose Frauen im Umland analog zum Konzept der Frauenberatungsstellen schaffen.